



PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 25. SEPTEMBER 2019



ANTRAG **BÜRGERSCHAFT VERURTEILT ISLAMFEINDLICHE ANSCHLÄGE**

Die Bürgerschaft hat heute islamfeindliche Taten sowie Angriffe auf religiöse Stätten und Treffpunkte sowie insbesondere den Angriff auf die Rahma-Moschee im Juni und auf das Islamische Forum und Informationszentrum im September scharf verurteilt. Antje Grotheer, Sprecherin für Religionsgemeinschaften der SPD-Fraktion, ließ in ihrer Rede keinen Zweifel: „Anschläge auf religiöse Einrichtungen akzeptieren wir nicht – egal von wem!“

Geschändete Korane in der Rahma-Moschee, eine eingeschlagene Scheibe beim Islamischen Forum und Informationszentrum – es sind nur die jüngsten islamfeindlichen Taten in Bremen. Und Antje Grotheer verurteilte diese Angriffe in ihrer Rede in der Bürgerschaft aufs Entschiedenste. Und sie zeigte sich überzeugt: „Solche Straftaten nehmen zu, und wir als Bürgerschaft – und wir als gesamte Gesellschaft – müssen etwas dagegen unternehmen!“



Antje Grotheer

Die Koalition aus SPD, Grünen und Linken hat gemeinsam mit der FDP daher heute einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der diese beiden konkreten Taten – und Angriffe auf religiöse Stätten und

Treffpunkte im Allgemeinen – nicht nur scharf verurteilt. Sondern darin fordern die Fraktionen den Senat überdies auf, eine Gefährdungsanalyse für Moscheen und andere religiöse Einrichtungen und auf Basis dieser Analyse ein Sicherheits- und Präventionskonzept zu erstellen. Außerdem sollen zum Beispiel Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte weiterhin sensibilisiert sowie Aus- und Fortbildungsmodule zur interkulturellen Kompetenz an der Hochschule für öffentliche Verwaltung weiter gestärkt werden. Auch im Bereich der offenen Jugendarbeit, in Sportvereinen und in den Schulen sollen Toleranz und Weltoffenheit weiter gefördert und gestärkt werden. „Der Zunahme derartiger Straftaten kann eine offene Gesellschaft nicht nur durch strafrechtliche Instrumente begegnen. Deswegen stellen wir die Präventionsarbeit in den Mittelpunkt“, erklärte Grotheer.

Auch wenn, so die Sozialdemokratin weiter, die Koranschändung in der Rahma-Mo-

schee laut Presseberichten von einem Jesiden begangen worden sein soll, zeige dies nur, dass solche antimuslimischen Taten nicht ausschließlich, aber zum überwiegenden Teil von Rechtsextremen begangen werde. „Für uns steht fest: Anschläge auf religiöse Einrichtungen akzeptieren wir nicht – egal von wem!“

Grotheer abschließend: „Es muss völlig klar sein: Das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft durch Grundgesetz, Bremische Landesverfassung und jahrelange Praxis gebaut ist lautet: Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Und jeder Mensch hat das Recht auf die Ausübung seiner Religion – egal woran er glaubt!“

> Hass und Gewalt gegenüber Musliminnen und Muslimen entgegnetreten – Für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Bremen und Bremerhaven
http://tiny.cc/friedliches_zusammenleben

DEBATTE KLIMAPAKET: GUTE ANSÄTZE NUTZEN

Das Klimapakett der Bundesregierung, war heute Thema einer Aktuellen Stunde, die die rot-grün-rote Koalition in der Bürgerschaft beantragt hatte. Arno Gottschalk, Sprecher für Klima und Umwelt der SPD-Fraktion, kritisierte in seiner Rede zwar auch einige Punkte der Einigung, erklärte aber auch, dass die guten Ansätze, die in dem Paket steckten, nun in Bremen genutzt werden müssten. Und er warnte: „Wenn es uns nicht gelingt, die Maßnahmen gegen den Klimawandel sozial gerecht umzusetzen, werden wir ein riesiges gesellschaftliches Problem bekommen.“



Arno Gottschalk

Überwiegend mit Kritik und Enttäuschung sei das Klimapakett der Bundesregierung aufgenommen worden, sagte Gottschalk. Und auch er kritisierte die Regelungen zur CO₂-Bepreisung. Die nun

gefundenen Regelungen seien mutlos und zu langsam, sagte er. „Bleibt es bei den Vorgaben des Klimapaketts, verlieren wir bei diesem mächtigen Instrument wieder mehr als ein halbes Jahrzehnt im Kampf gegen Klimawandel“, so der Sozialdemokrat weiter. „Aber das Klima lässt sich nicht auf Zeitverschiebungen ein. Wer jetzt zaudert, der wird deshalb später umso brutalere Maßnahmen ergreifen müssen!“

Zudem müsse die Lösung sozial gerecht gestaltet sein. Die SPD habe daher eine Klimaprämie für alle gefordert, die geringe Einkommen am Ende sogar entlastet hätte. Dies sei aber an CDU/CSU im Bund gescheitert. „Das ist nicht nur ökologisch und sozialpolitisch ein Witz, das ist ein deprimierendes Ergebnis“, so Gottschalk.

Der Sozialdemokrat mahnte aber auch, es jetzt nicht bei der Kritik am Klimapakett zu belassen, sondern die guten Ansätze darin zu nutzen. Dies sei nun eine Aufgabe



für Bremen. Die Abschaffung des Deckels für Photovoltaik sei dabei beispielsweise ebenso eine Aufgabe für Bremen und Bremerhaven wie die deutliche Anhebung beim Ausbau der Offshore-Windenergie. „Bei diesen und vielen anderen Maßnahmen müssen wir nun klären: Was machen wir daraus in und für Bremen und Bremerhaven? Wie können wir die guten Ansätze des Pakettes nutzen?“, sagte der Umweltpolitiker.

Gottschalk sieht im Kampf gegen den Klimawandel aber auch noch eine andere

Aufgabe. „Bei der Klimakrise stehen wir auf der einen Seite vor einer der größten Herausforderungen der Menschheitsgeschichte“, sagte er abschließend, „und zugleich ist es eine der größten sozialpolitischen Herausforderungen in der Geschichte der Bundesrepublik. Denn die Gesellschaft ist sozial tief gespalten. Und wenn es uns nicht gelingt, die Maßnahmen gegen den Klimawandel sozial gerecht umzusetzen, werden wir ein riesiges gesellschaftliches Problem bekommen.“

ANTRAG BREMEN ERHÄLT EINEN QUEERPOLTISCHEN BEIRAT

„Eine demokratische Gesellschaft lebt von ihrer Vielfalt. Dazu gehört selbstverständlich auch die Vielfalt von Lebensweisen und sexuellen Identitäten“, zitierte die queerpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Antje Grotheer, heute den Leitsatz des Bremer Aktionsplans Homo-, Trans und Interphobie. „Mit der Einrichtung des Queerpolitischen Beirats, setzen wir eine der zentralen Forderungen des Aktionsplans um und rücken die Themen dieses Personenkreises deutlicher in den Fokus“, bekräftigte Grotheer.

Immer noch werde die rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung von Homosexualität mancherorts als Angriff auf gesellschaftliche Traditionen und überlieferte Werte verstanden, so Grotheer. „In der Positionierung gegen die Gleichstellung der Homosexualität fokussiert sich auch

heute noch der Kampf gegen eine liberale, demokratische, offene, internationalistische, westliche Lebensweise. Wie sonst ist zu erklären, dass dem progressiven Wandel in den westlichen Demokratien, spiegelbildlich Kriminalisierung und Diskriminierung von Homosexuellen in Osteuropa, Afrika und Asien entgegenstehen? Diesen Angriffen auf die demokratischen Säulen unserer Gesellschaft werden wir uns weiter vehement entgegenstellen.“

Vor diesem Hintergrund sei der Landesaktionsplan Homo-, Trans und Interphobie 2015 ein Meilenstein gewesen, um die Lebensbedingungen von LSBTIQ-Personen zu ergründen, um deren vielfältige Probleme im Alltag oder im Arbeitsleben aufzuzeigen und – wo möglich – entsprechende Lebenslagen zu verbessern, erklärte die Sozialdemokratin.

„Mit dem Queerpolitischen Beirat erhalte Bremen jetzt ein beratendes Gremium, das die vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung queeren Lebens begleiten und der Bürgerschaft regelmäßig Bericht erstatten werde. „Denn unser Ziel ist klar: LSBTIQ müssen in unseren Städten offen schwul oder lesbisch oder queer leben können, ohne körperliche und verbale Gewalt befürchten zu müssen. Und deshalb müssen sich staatliche und demokratische Institutionen gegen diese unbegründete Angst positionieren, sie müssen in diesem Kulturkampf Partei ergreifen“, bekräftigte Grotheer zum Abschluss ihrer Rede.

> Antrag: Einrichtung eines Queerpolitischen Beirats

<http://tiny.cc/queerpolitischer-beirat>

DEBATTE BREMER FLUGHAFEN BRAUCHT FINANZIELLE HILFE

Der Flughafen braucht finanzielle Hilfe von Bremen. Notwendige Sanierungen und eine finanzielle Lücke – auch durch die Pleite der Fluggesellschaft Germania – machen dies nötig. Für den haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, steht fest: „Wir sind in einer Situation, in der wir schnell handeln müssen. Denn den Flughafen aufzugeben kann keine Alternative sein.“

Gottschalk betonte in seiner Rede in einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde heute in der Bürgerschaft zunächst die große Bedeutung des Flughafens. „Er hat eine enorme wirtschaftliche Bedeutung und ist eine der zentralen Infrastrukturen für Bremen und die Region“, hob der Sozialdemokrat hervor. „Und für uns ist völlig klar, dass wir diese zentrale Infrastruktur erhalten müssen.“

Doch stehe der Flughafen aktuell vor finanziellen Problemen – und hier müsse man auch kritische Fragen stellen, so Gottschalk weiter. Er räumte ein, dass man vielleicht zu lange an der Illusion festgehalten habe, dass der Flughafen ohne öffentliche Zuschüsse auskomme – auch wenn Flughäfen in vergleichbarer Größe dies nicht konnten. Dieser Eindruck sei durch die ehemalige Geschäftsführung eher befördert worden. Im März sei im Controllingausschuss der Bürgerschaft jedoch dargelegt worden, dass die Kosten für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen sich auf mittlerweile 80 Millionen Euro summiert hätten. Hinzu kämen nach der Pleite der Fluggesellschaft Germania Einnahmeausfälle. Im März seien deren Folgen noch nicht absehbar gewesen. Die Hoffnung, dass der Flughafen sie auffangen kann, hätten sich jedoch nicht in Gänze erfüllt. Es bleibe eine Lücke von knapp drei Millionen Euro.

„Wir sind jetzt also in einer Situation, in der wir schnell handeln müssen“, erklärte Gottschalk – und der Senat plane, die Kosten



Foto: Bin im Garten - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=20654631>

für die Flughafenfeuerwehr zu übernehmen und den Airport so um 4 Millionen Euro im Jahr zu entlasten. „Das ist nicht schön aber an anderen Flughäfen Gang und Gäbe“, sagte Gottschalk. „Wir machen jetzt also nur das, was die Konkurrenten schon lange machen.“

Im nächsten Schritt müsse dann aber auch geklärt werden, wie die nötigen Investitionen am Flughafen finanziert werden könnten, sagte Gottschalk, der in diesem Kontext auch darauf hinwies, dass die EU Möglichkeiten der Beihilfe durch die Kommunen immer weiter einschränke. So sei eine Möglichkeit, die geprüft werden müsse, eine Erhöhung des Eigenkapitals.

Man müsse aber auch angehen, dass das Kostenniveau im Bremer Flughafen 30 Prozent über dem anderer Flughäfen liege, betonte Gottschalk. „Wir werden die weiteren Handlungen begleiten müssen“, sagte er abschließend. „Und die Geschäftsführung des Airports wird hier Antworten liefern müssen, wie Abläufe verbessert werden können. Klar ist für mich: Das geht nur gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und es kann nicht nur um die unteren Lohngruppen gehen. Wir brauchen eine Gesamtlösung. Denn für mich steht außer Frage: Den Flughafen aufzugeben kann keine Alternative sein.“

DEBATTE LENKEIT VERTEIDIGT KOSTENBETEILIGUNG DER DFL

Benachteiligen die Gebührenbescheide, die Bremen für die zusätzlichen Polizeieinsatzkosten bei Hochrisikospiele der DFL in Rechnung stellt, Werder Bremen? Und erhält der Verein von der Stadt zu wenig Unterstützung? Dazu hatte die FDP heute eine Aktuelle Stunde in der Bürgerschaft beantragt. Und der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Kevin Lenkeit, widersprach dieser Darstellung entschieden.

Der Innenpolitiker verteidigte zudem die Entscheidung Bremens, die Mehrkosten für die Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele der Deutschen Fußball Liga (DFL) in Rechnung zu stellen. „In einem Sport, in dem Spielern mehr als 200 Millionen Euro in die Hand gegeben werden, um sich aus Verträ-

gen freizukaufen, ist es ein Skandal, dass weiterhin Kosten sozialisiert und Gewinne privatisiert werden sollen. Und das hier das Einstehen für Fairness – ich nenne es nicht einmal das Einstehen für die Gerechtigkeit – kritisiert wird, ist schäbig“, sagte er. Und so zeigte sich



Kevin Lenkeit

Lenkeit von der Entscheidung nach wie vor überzeugt – zumal sich in repräsentativen Umfragen 96 Prozent der Befragten für eine Kostenbeteiligung der DFL ausgesprochen hätten.

Lenkeit betonte, dass nicht von mangelnder Unterstützung gesprochen werden könne, wenn Bremen in den vergangenen drei Spielzeiten mehr als 6,8 Millionen Euro allein für die Polizeieinsätze ausgegeben – und nur einen kleinen Teil davon – zusätzliche Kosten – in Rechnung gestellt habe. Und er betonte, dass diese Gebührenbescheide an die DFL – einem Unternehmen mit einem Gesamterlös von mehr als 4,4 Milliarden Euro – gegangen seien – und nicht an Werder. Auch hier könne man also nicht von mangelnder Unterstützung für den Verein sprechen. Dass Werder die Hälfte der Kosten zahlen solle, sei eine Entscheidung, für die die DFL zu kritisieren sei und nicht Bremen.